

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

4 (3.1.1919) Abendausgabe

Badische Presse.

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Unabhängige und am meisten geleseene Tageszeitung in Karlsruhe.

Weitans größte Bezieherzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von Ferd. Hiergarten.
Chefredakteur: Albert Ceraag.
Verantwortlich für alle Redaktionen: Anton Hübner.

Anzeigen. Die Spaltenpreise 30 Pf.
Die Reklamepreise 20 Pf.
An 1. Stelle 1,25 Pf. die Zeile.

Bezugs-Preise:

Ausg. A ohne „Mittl. Weltchau“	1,22	1,42
Ausg. B mit „Mittl. Weltchau“	1,35	1,55
In Karlsruhe: Ausgabe monatlich		
Im Verlage abgeholt	1,22	1,42
in d. Briefstellen	1,35	1,55
frei ins Haus ge- liefert	1,35	1,55
Auswärts: bei Ab- holung a. Postschalter	1,22	1,43
Durch d. Briefträger tägl. 2mal ins Haus	1,46	1,67
Einzelnummer	10	Pf.

Geschäftsstelle: Ritzel- und Kammler-Edel, nächst Kaiserstraße und Marktplatz.
Postfach-Nr. 8559.
Telefon: 8559.

Nr. 4. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Freitag den 3. Januar 1919. Telefon: Redaktion Nr. 309. 35. Jahrgang.

An die Arbeiter-, Bauern- und Volksräte!

Es ist eure Aufgabe, die ruhige Durchführung der Wahlen zur badischen und zur deutschen Nationalversammlung sicher zu stellen. Ihr werdet jedem Angriff auf die Freiheit des Volkes, auf das demokratische Grundrecht, das Recht der Wahl rücksichtslos begegnen.

Wir sind trotz mancher Gerüchte überzeugt, daß der gesunde Sinn des badischen Volkes törichte Gedanken einiger Fanatiker nicht zur Durchführung kommen läßt. Seid trotzdem auf der Hut! Wir erwarten von Euch, daß Ihr erforderlichenfalls im Bunde mit der Volkswahl, jeden Versuch der brutalen Diktatur einer Minderheit energig unterdrückt.

Es lebe das Recht, die Freiheit und die Demokratie!

Karlsruhe, den 3. Januar.

Die Badische vorläufige Volksregierung:

Geis, Präsident.

Brümmer, Dietrich, Dr. Haas, Markloff, Marum, Rüdert, Trunk, Schwarz, Stodinger, Dr. Wirth.

Die Landeszentrale der K., V. und B.-Räte:

Kuge, Maier, Kemmel.

Spartakus.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 2. Jan. Bis gegen Ende des vergangenen Unheilsjahres hatte man den Spartakusbund in einigen leidenschaftlichen Gelegenheitsreden Liebsteins, in Putschversuchen, Kundgebungen, Flugblättern und im Kleinvertrieb der Straßen kennen gelernt.

Aus der „Reichskonferenz“ des Spartakusbundes, in der die kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands als solche gegründet wurde - sie tagte in Berlin am 30. und 31. Dezember im Festsaal des Abgeordnetenhauses - erlief man einiges Wissenswertes aus der Geschichte des Bundes.

Diese Entstehungsgeschichte brachte es mit sich, daß die Reichskonferenz der Spartakisten sich zunächst mit den „M. S.“ (Unabh. Soziald.) auseinandersetzte. Liebsteins erzählte die Geschichte der Trennung. Vom Standpunkt des Spartakusbundes erscheinen die „Unabhängigen“ als eine Art Mittelpartei des Sozialismus: ungewiß schwankend zwischen der Tatsachenanpassung der verhassten, als Gegenrevolutionäre und Unbedingtheit der Spartakisten.

Andere Redner suchten den Ausblick auf diesen Krieg ohne Ende ein wenig zu verhängen, sie stellten die Frage des Kommunismus in den Vordergrund. Am bemerkenswertesten auf diesem Gebiet war die Rede Rosa Luxemburgs, sie forderte die Rückkehr vom „Ersteren Programm“ zum gereinigten Kommunismus der Marx und Engels von 1848, vom Zerweg des Parlamentarismus zur „unmittelbaren Aktion“.

Auf der Reichskonferenz ward besser gesprochen als an den Straßenenden; eben darum weitans gefährlicher. Inmitten der deutschen Hauptstadt predigt eine Delegiertenversammlung den blutigen Bürgerkrieg, fordert einen Kampf, der Deutschland zum Kriegsschauplatz machen würde, verbindet sich mit den Todfeinden der Mächte, in deren Hand wir gegeben sind, beschwört mit kalter Klarheit ein Verderben herauf, in dessen Umklammerung der feindliche Einmarsch nach Rettung schiene.

Der Rücktritt aller Unabhängigen.

Berlin, 3. Jan. (Privattele.) Die „Freiheit“ meldet, daß sämtliche Abgeordnete aus den Reihen der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, die in die Reichsämtler abgeordnet waren, sich mit den Genossen Haase, Dittmann und Barth solidarisch erklärt und ihre Resignation...

ter der Regierung zur Verfügung gestellt haben. Sie haben sich vorläufig bereit erklärt, die Geschäfte weiter zu führen, bis Nachfolger ernannt sind.

Graf v. Rankau über seine Aufgabe.

Berlin, 2. Jan. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf Brodorski-Rankau, hat nach Uebernahme seines Amtes einen Mitarbeiter vom Wolffschen Telegraph. Bureau heute empfangen und diesem auf seine Frage über die Richtlinien, die er in der Politik zu verfolgen beabsichtige, nachstehende Erklärung abgegeben:

„Mein Bestreben wird sein: Wahrheit und Offenheit dem eigenen Volk wie dem Auslande gegenüber. Das deutsche Volk soll im Unglück seine innere Größe und Würde bewahren, Selbsterniedrigung und Ueberhebung vermeiden. Zu meinem Teil hierzu beizutragen, bin ich entschlossen. Den Frieden will ich verhandeln und schließen als einen Frieden des Rechts. Einen Frieden der Gewalt, der Vernichtung und Verflistung lehne ich ab.“

„Manche unserer Gegner verdächtigen die Revolution als den Versuch Deutschlands, sich den aus der Annahme des Wilsonschen Programms folgenden Verpflichtungen zu entziehen. Diese Behauptung ist ebenso unwahr, wie der Glaube irrig ist, das Deutschland der Revolution werde sich demütig den Forderungen der reinen Gewalt beugen. Solange ich an dieser Stelle stehe, wird dafür gesorgt werden, daß Deutschland sein Zutragen gewissenhaft einlöst, aber nicht um die Breite eines Haars über das hinausgeht, was es als richtig anerkannt hat. Ein Grundrecht der Völker ist das Recht der Selbstbestimmung. Unsere Gegner haben es nicht nur anerkannt, sondern zum Kampf gemacht. Deutschland erkennt es gleichfalls an, fordert es aber auch für sich. Wenn der Grundfah gelten soll: Der Balkan den Balkanvölkern, so wird es auch heißen müssen: Deutschland den Deutschen.“

Berlin, 3. Jan. Zu den Erklärungen des neuen Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes hat das „Berl. Tageblatt“, es könne sie nur als ganz vorläufig betrachten. Ewiges Geheimnis und haltlose Schwäche müßten die Entente zu dem Glauben verleiten, das deutsche Volk sei eine willenlose Sache geworden.

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ findet die Erklärung des Staatssekretärs gut und das Wort schön. Deutschland werde sich nicht demütig beugen. Was vor allem abzuwischen sei, das sei der widerliche Jammer, der allen Glauben an sich und die Zukunft von vornherein ausschalte und bei dem kleinsten unserer Gegner um gut Wetter bitten gehe.

Sturmjahren in der französischen Kammer.

Bern, 31. Dez. (Verpätet eingetroffen.) Nach Honorer Meldungen kam es in der französischen Kammer während der Rede Pichons zu einer Reihe von Zwischenfällen. Der Vorsitzende des Außenbüros, Franklin Bouillon, rief: „Alle Mitglieder dieser Regierung (nämlich der russischen) sind eingekerkert. Sie sind“, sagte er zu Pichon gewandt, „erbarungswürdig schlecht unterrichtet. Sie verstehen eine Note, die Ihnen von Ihrem Bureau gemeldet wurde.“ (Lebhaftes Bewegung. Lärm.) Clemenceau fuhr Pichon an und sagte: „Man sagt Ihnen, daß Sie die Note Ihres Bureaus verlesen, die Sie nicht kontrolliert haben. Antworten Sie!“ (Gehe Bewegung.) Pichon antwortete: „Diese Note ist von der russischen Abteilung des Ministeriums des Aeußern redigiert und stützt sich auf die Berichte des Kriegsministeriums.“ Franklin Bouillon rief: „Aber wissen Sie denn nicht, daß die Leute, von denen Sie sprechen, vor drei Wochen in Omsk verhaftet worden sind?“

Pichon erklärte: „Die Regierung in Ufa wurde in Omsk von Admiral Koltschak rekonstruiert und findet jetzt neue Anhänger unter den ententetreuen Russen.“ Franklin Bouillon rief: „Es handelt sich nicht darum. Sie verlesen falsche Nachrichten.“

Ohne auf diese Einwendungen einzugehen, fuhr Pichon in seiner Rede fort. (Starke Jurae. Unterbrechungen auf der äußersten Linken. Rufe: „Der Krieg beginnt wieder. Wieviele Tote hatten wir in Odesa?“) Um sich zu rechtfertigen und um Clemenceau mit in den Tumult hineinzuziehen zu können, verlas Pichon dann Instruktionen Clemenceaus an die französischen Generale in Rußland vom 13. September: „Die alliierten Operationen haben keinen Offensivcharakter. Sie bezwecken nur, allen Zugang der Bolschewisten zum Kaukasus, nach der Ukraine und Ostrußland zu verhindern. Wenn ein offensives Vorgehen zur Vernichtung des Bolschewismus notwendig würde, so würde der Stoß nur mit russischen Kräften geführt werden. Unsere Hilfe bezweckt nur, ihnen die materielle Ueberlegenheit über die Bolschewisten zu sichern.“

rielle Ueberlegenheit über die Bolschewisten zu sichern.“ In einem Telegramm vom 21. Dezember gab Clemenceau den Generalen weiterhin an, die Pläne der Alliierten seien auf eine wirtschaftliche Einkreisung der Bolschewisten hinaus. (Zurufe von links: „Das ist geradezu niederträchtig!“)

Anbeirrt fuhr Pichon fort: „Der Augenblick ist vielleicht gekommen, wo wir in der Ukraine den Pfad der Deutschen einschneiden müssen. Ein Frieden kann mit der übrigen Welt nicht geschlossen werden, solange in Rußland der Bürgerkrieg wütet und die jetzige Regierung am Ruder bleibt. Die jetzige bolschewistische Regierung regiert ausschließlich durch den Terror. Tausende von Personen sind ohne Urteil erschossen worden. Der Despotismus verursacht eine furchtbare Hungersnot und führt das wirtschaftliche Leben zum völligen Ruin. Franzosen und Engländer sind eingekerkert und mißhandelt worden. Polen, Jugoslawen und Tschechen wurden gemartert und ermordet.“

Nach Schluß der Rede Pichons protestierte La Font gegen die Worte Pichons über das Recht, das aus dem Sieg herozugangen sei, und über den Wert der französischen Rechte in Syrien. La Font erklärte dann, die ganzen Nachrichten Pichons über Rußland seien teils mangelhaft, teils falsch. Dem Bolschewismus gegenüber sei auch er für keine Sentimentalität aber er sei gegen jede militärische Intervention. Das Jaudern der Regierung, die Regierung Wilsons anzuernennen, begünstige nur den Bolschewismus. Renaudel verlangte den schnellen Frieden, der nicht vom Sieg abhängig sein dürfe, umsonsten, als in Deutschland weitgehende innere Veränderungen vorgekommen seien. Deutschland werde die Ruinen wieder aufbauen müssen. Aber wenn es Deutschlands Arbeitsfähigkeit übersteigt, können Sie auch Deutschland dann noch zwingen, es wieder gut zu machen? Mageras erwiderte: „Auf dem linken Rheinufer gibt es Industrie, die ein Interesse daran haben, an Frankreich zu kommen, aber ich bin gegen solche Annerktion.“

Die Rolle Pichons.

Bern, 3. Jan. (Privattele.) Die „Humanität“ behauptet, Pichon habe in der letzten Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten erklärt, daß die Entente Befürchtungen habe, zur Kündigung des Waffenstillstandes gezwungen zu sein.

Zu den Meinungsverschiedenheiten unter den Alliierten.

WTB, Bern, 2. Jan. In der „Humanität“ schreibt Cahin: Clemenceau und Pichon haben sich ruhigen Herzens in den letzten Abendsitzungen mit den Wilsonschen Grundfragen gestellt. Spöttlicher Weise macht sich Clemenceau über die edle Arglosigkeit Wilsons lustig. Für den Völkerbund findet Clemenceau nicht einmal einen schwachen Gruß. Pichon glaubt auch nicht an eine neue internationale Weltordnung. Die bürgerliche Presse, soweit die Zeitungen überhaupt vorliegen, ist natürlich befriedigt.

„Figaro“ erklärt, die Ansichten Clemenceaus, Mond Georges und Wilsons seien verschieden, das besage jedoch nicht, daß sie unvereinbar seien.

Basel, 3. Jan. (Privattele.) Nach Meldungen aus Paris haben die Arbeiterverbände des Seinedepartements die Einstellung der öffentlichen Versammlungen und Demonstrationen gegen die Friedenspolitik der Regierung beschloßen. „Humanität“ und „Journal du peuple“ haben den Frieden auf der Grundlage des Wilsonschen Völkerbundes für gesichert.

Zur Rückkehr der deutschen Truppen aus dem Osten.

WTB, Berlin, 3. Jan. Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Infolgedessen der unerhörten Vergewaltigung, der die deutschen Truppen im Osten unterworfen werden sollen, hat nach den übereinstimmenden Kundgebungen der Reichsregierung und der Waffenstillstandskommission nunmehr auch die deutsche Oberste Seeresleitung in Spaa ausdrücklich u. a. erklären lassen:

Artikel 3 und Artikel 4 des Waffenstillstandsabkommens forderten ursprünglich sofortige Zurückziehung der deutschen Truppen im Osten. Auf die deutsche Anregung, die ebenso im deutschen Interesse wie im Best der Allgemeinheit erfolgte, wurde der Warlaut geändert. Deutschland hat damit nicht die Verpflichtung übernommen, im Osten für Ordnung zu sorgen, sondern lediglich die Beibehaltung erhalten, erst allmählich zu räumen.

Die von Deutschland freiwillig übernommene Aufgabe, im Osten für Ordnung zu sorgen, wurde erfüllt, solange dies möglich war. Der Rückmarsch wurde erst angeordnet, als sich die deutschen Truppen zu schwach und leider auch zu unzuverlässig erwiesen. Die Alliierten wurden hiervon unterrichtet.

Nachdem im Vertrag vereinbart war, daß die deutschen Truppen möglichst lange im Osten verbleiben sollen, müßte erwartet werden, daß die Alliierten, wenn sie wirklich Wert darauf legten, die kleineren Völker im Osten zu schützen, die Deutschen nicht geradezu verhinberten, ihre Aufgabe durchzuführen. Dies ist aber tatsächlich der Fall gewesen.

Die Alliierten erklären sich jetzt zwar solidarisch mit der politischen Regierung. Sie haben aber z. B. nicht zu verhindern gesucht, daß die Polen die Eisenbahnen nach Deutschland abschneiden und damit die Lebensmöglichkeit der deutschen Truppen unterbanden. Aber wenn die Deutschen in der Ukraine kämpfen sollten, so müßten sie Waffen, Munitionsvorräte haben. Man dürfte sie ihnen nicht, wie dies z. B. in Odesa geschah, zum großen Teil wegnehmen.

Durch ihre eigene Handlungsweise haben die Alliierten somit das von ihnen gewünschte Verbleiben der deutschen Truppen in den besetzten Gebieten des Ostens selbst in hohem Maße erschwert. Einmaliglich wird ferner darauf hingewiesen, daß nach der von den Alliierten anscheinend beabsichtigten entwürdigenden Behandlung der deutschen Truppen die Gefahr des Bolschewismus für die baltischen Länder außerordentlich gesteigert werde, nicht zum wenigsten für...

Polen, wo bolschewistische Ideen weiterverbreitet sind und keinen Widerstand wie in einem altbestehenden Staate finden.

Schließlich muß betont werden, daß die Deutschen gezwungen werden würden, waffenlos das von feindlichen Agitatoren verhehete Land, das einer strengen Regierung zur Zeit völlig entbehrt, zu durchziehen, schuflos in Winterzeit dem Rauben und Morden ausgesetzt wäre. Die bisherigen Erfahrungen hierin reden eine deutliche Sprache. Es kann nicht Absicht der Alliierten sein, weitere Greuel herbeizuführen.

Die deutsche Oberste Heeresleitung erwartet daher, daß in Anerkennung der vorgebrachten Gründe eine würdige Lösung für die Rückkehr der deutschen Truppen aus dem Osten gefunden wird.

Deutsche Waffenstillstandskommission.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Die Friedensverhandlungen.

WTB. Bern, 3. Jan. Die Pariser Zeitungen berichten, daß sofort nach der Rückkehr des Präsidenten Wilson aus Italien die Alliierten die Friedensprojekte durch besprechen und ihr Programm ausarbeiten werden. Diese Verhandlungen würden zweifellos in der ersten Hälfte des Januar stattfinden. Selbst wenn erklärt werde, daß die Alliierten völlig einig seien, so könne der Frieden erst am dem Tage unterzeichnet werden, an dem Deutschland seine innere Lage wieder hergestellt haben werde.

Amerikanische Kreuzer in Swinemünde?

WTB. Danzig, 3. Jan. Gestern nachmittag trafen im Hafen von Neuschwanau anstelle des erwarteten amerikanischen Kreuzers „Chester“ die beiden amerikanischen Kreuzer „Walz“ und „Clon“ aus Swinemünde kommend ein.

Baldige Rückkehr deutscher Kriegsgefangener.

WTB. Stuttgart, 3. Jan. Wie das württembergische Kriegsministerium mitteilt, ist zu erwarten, daß die in Gewalt der Entente befindlichen deutschen Kriegsgefangenen nun doch in absehbarer Zeit freigelassen werden. Es handelt sich um etwa 800 000 Mann, von denen die Hälfte auf dem Landwege, die andere Hälfte auf dem Wasserwege in die Heimat zurückgelangen sollen und zwar wird damit gerechnet, daß die Rückbeförderung schon im kommenden Monat beginnt. Die Schnelligkeit des Verlaufes der Heimkehr wird sehr wesentlich von den vorhandenen Transportmöglichkeiten abhängen.

Die französischen Sozialisten dürfen nicht in die Schweiz.

Sch. Gené, 3. Jan. (Privattele.) Die französische Regierung hat den Sozialisten die Teilnahme an der internationalen Konferenz in der Schweiz durch Verweigerung der Pässe unmöglich gemacht.

Spanien gegen die Bolschewisten.

WTB. Bilbao, 2. Jan. Havas. Sämtliche russischen Jahrgänge der in Bilbao ankommenden Fremdenliste werden einem strengen Verhör unterworfen und falls sie bolschewistische Tendenzen verdächtig erscheinen, unverzüglich wieder eingeschifft unter dem Befehle, sich nicht an Land zu begeben. Bisher sind etwa 11 Verhaftungen vorgenommen worden.

Kampf zwischen Italienern und Jugoslawen.

WTB. Agrate, 3. Jan. (Wiener Korr.-Büro.) Amlich wird gemeldet: Die Italiener überfielen am 31. Dezember früh die rein kroatische Stadt Anin, die sich außerhalb der Demarkationslinie befindet. 300 Mann der serbischen Besatzung und die serbische Bürgerwehr leisteten Widerstand bis die jugoslawische Abteilung nach zweitägigem Kampfe vom serbischen Militärkommando in Spalato den Rückzugsbefehl erhielt.

Japan mobilisiert weiter.

o. Basel, 3. Jan. (Privattele.) Der „Morningpost“ zufolge haben die Japaner am 30. Dezember die Einberufung von fünf weiteren Jahreshlassen angeordnet.

Die Geldrechnisse im Reich.

Zu den neuen Steuerplänen.

D. Berlin, 3. Jan. (Privattele.) Bei der Kriegsteuer der Einzelpersonen sind, wie der „Lok.-Anz.“ von zuständiger Seite erfährt, die gleichen Sätze wie bei der Mehreinkommensteuer und der Vermögensabgabe von 1918 in Aussicht genommen. Danach ist für 1919 eine Abgabe von Mehreinkommen zu zahlen, wenn das Kriegseinkommen um mehr als 3000 M. größer ist, als das Friedensinkommen und das Kriegseinkommen 13 000 M. übersteigt.

Was die allgemeine Vermögensabgabe betrifft, so dürften die ganz kleinen Vermögen auf Verzeihung hoffen, dagegen

dürften auch Vermögen von weniger als 100 000 M., die bei der Vermögensabgabe von 1918 in Aussicht genommen waren, jetzt herangezogen werden, wobei im Sinne der aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen gebotenen Rücksichtnahme eine Staffeltung der Sätze Platz zu greifen hat.

Zusammenkunft der deutschen Finanzminister in Reichshagant.

WTB. Berlin, 2. Jan. Der Staatssekretär des Reichsschatzamt hat die Chefs der einzelstaatlichen Finanzressorts zu einer gemeinsamen Erörterung der schwebenden Finanzfragen am Freitag, den 10. 1. 1919, in das Reichsschatzamt eingeladen. In vertraulicher Aussprache sollen insbesondere die bisherigen Maßnahmen der Reichsleitung und ihre Steuerpläne, das Verhältnis zwischen Reichs- und Einzelstaaten, die Aufgaben der Nationalversammlung und die finanzpolitischen Teile der zukünftigen Reichsverfassung behandelt werden.

Abrüstung und Kapitulation.

ha. Berlin, 2. Januar. Kapitulant, die infolge des Krieges aus der planmäßigen Stärke ihres Friedensstruppenteils ausgeschieden sind, müssen sobald als möglich zu diesem zurückkehren. Wenn sie während des Krieges angenommen sind, so werden sie erst dann endgültig Friedenskapitulanten, wenn sie im Friedensverhältnis nach Ableistung einer dreimonatigen Probezeit vom ersten Tag ihrer Dienstleistung beim Truppenteil an in eine Friedenskapitulanten- oder Geleitensliste eingereiht worden sind, und das Kapitulationshandgeld empfangen haben. Alle während des Krieges angenommene Kapitulant sind als zum Friedensstande anzusehen. Wenn sie aus der Kriegsgefangenschaft oder Internierung zurückkehren, so gelten sie nur dann als Kapitulant, wenn festgestellt ist, daß eigene Schuld an der Gefangennahme nicht vorliegt. Die Zeit der Kriegsgefangenschaft rechnet einfach als Kapitulantenseit. Kapitulationen während der Kriegsgefangenschaft sind rechtsunwirksam.

Neue Verhaftungen in München.

— München, 2. Jan. Im Zusammenhang mit der bereits gemeldeten Festnahme einer Anzahl Mitglieder der Bürgerwehr wurde ein bekannter Oberst und mehrere Offiziere des Infanterie-Regiments auf Befehl Eisners verhaftet. Die Verhaftung dieser Offiziere rief in dem Regimente äußerste Bestürzung hervor.

Deutschland und Deutsch-Oesterreich.

WTB. Berlin, 3. Januar. In der „Deutschen Allgem. Zeitung“ heißt es unter der Überschrift: In Deutsch-Oesterreich. „Es ist klar, daß Frankreich mit allen Mitteln einer glänzenden geschulten Diplomatie und Presse jede Verfestigung des Deutschens zu hintertreiben sucht und daher einen wirtschaftlichen Zusammenschluß aller deutschen Staaten der alten Donaumonarchie energisch das Wort redet. Damit würden die österreichischen Deutschen dem Slaventum in aller Zukunft auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein.“

Gerade dieses Projekt aber findet den schärfsten und wohl auch den begründlichsten Widerstand im Lager der Entente selbst, denn Deutschlands wirtschaftliche Pläne werden dadurch aufs empfindlichste durchkreuzt und seine gesamte Presse läßt keinen Zweifel darüber, daß das italienische Volk durch die von Frankreich betriebene einseitige Unterdrückung der slavischen Minderheiten aus schließlich verlegt ist. Sie geht sogar soweit, die dauernde Festschließung Frankreichs am Rheine energisch zu bekämpfen und dazu gesellen sich immer wieder englische Stimmen, die bereit sind, den rein deutschen Charakter weiter Strecken Oesterreichs und ihren Anschluß an das Deutsche Reich als die gegebene Lösung nach dem Selbstbestimmungsrecht offen anzuerkennen.

Dürfen wir da die Hände in den Schoß legen, dürfen wir Volksgenossen, die zu uns halten, durch unsere Gleichgültigkeit zurücknehmen. Wären nicht sie es, die in den ganzen schweren Jahren dem Bundesgedanken immer wieder befehlen und mit dem Blute ihrer Beinen unter den unglücklichsten Schwierigkeiten an der Front und im Lande für ewige Zeiten befestigt haben.

Wir hören mit Freude, daß in nächster Zeit eine Verfestigung der Reichsregierung erscheinen wird, die den Deutschen Oesterreichern im Reich das Recht gibt, an unseren Wahlen teilzunehmen. Damit ist ein Anfang gemacht. Wir dürfen aber nicht dabei stehen bleiben. Zeigen wir durch die Tat, daß wir in die hingestreckte Hand mit Begeisterung einschlagen. Acht Millionen gute Deutsche, die im Kampfe um ihr Alles stehen, dürfen nicht verloren gehen. Wir brauchen sie.“

Merkwürdige Vorgänge in München.

WTB. München, 2. Jan. Der Minister des Innern, Kurt Eisner, teilt mit, daß vom Ministerium des Auswärtigen eine Depesche an den Staatssekretär des Auswärtigen in Wien abgehandelt worden ist, des Inhalts: In der Nacht vom 1. zum 2. Januar hat der Geschäftsführer des Bundes „Deutschösterreich“ in München, Karl Mandel, mit Hilfe polnischer, polizeilicher und militärischer Wachmannschaften sowohl die österreichische Gesandtschaft wie das österreichische Konsulat besetzt. Er, Kurt Eisner, habe nach in der Nacht die Befreiung der Gesandtschaft und des Konsulats herbeigeführt und die Gesandtschaft unter seinen Schutz gestellt. Wegen dieser Vorfälle wird die Regierung Deutschösterreichs um Entschädigung. Die von ihm verlangte Verhaftung Mandels sei wieder aufgehoben worden, da der bisherige

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Karlsruhe, 3. Jan. Die „Soziale Frauenschule des Badischen Frauenvereins“ veranstaltet in der Zeit zwischen Neujahr und Weibert eine Anzahl von wissenschaftlichen Vorträgen für gebildete Damen. Durch hiesige als gute Redner bekannte Herren. Der Inhalt der Vorträge erstreckt sich auf das Gebiet der Geschichte, der Religionsgeschichte, der Säuglingsfürsorge und Psychologie. Die Vorträge sollen jeweils am Mittwoch nachmittag stattfinden. Näheres wird in den Anzeigen der Tagesblätter bekannt gegeben.

— Karlsruhe, 3. Januar. Die Dezember-Ausstellung der Galerie Moos hat mit sehr erfreulichen Verkaufserfolgen für die Künstler abgeschlossen. Vom 3. bis 21. Januar sind in der 35. Sonderausstellung Werke von Rudolf Durrm, Wilhelm Hempfing, Martha Krapp, sowie Plastiken von Bildhauer Otto Feist u. a. ausgestellt.

Vermischtes.

— Karlsruhe, 3. Jan. Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen gibt folgende Mitteilung bekannt: Ab 1. Januar 1919 wurde auch Weidenkopf Coblenz, begrenzt durch Linie Hönningen (Rhein), Biltzberg, Cöblingen, Niedererbach, Diez und St. Goarshausen in das besetzte Gebiet einbezogen. Durchgehende Abfertigung von Personen und Reisegepäck über diese Linie aufgehoben. Durchgehende Güterzüge in das besetzte Gebiet ist deshalb ab 1. Jan. 1919 nur über Cöblingen mit D 38 möglich. Benutzung dieses Zuges nur Reisenden mit Einreiseerlaubnis der Besatzungsbehörde gestattet. Letztere ist bei nächstlichem Vakant Köln Waubach 1 zu beantragen, außer Reiseerlaubnis müssen Reisende nach dem besetzten Gebiet noch Personalausweis, (Paß) haben.

WTB. Berlin, 3. Jan. Dem Geh. Rat Dr. ing. H. C. Bentler ist die aus Gesundheitsrücksichten bereits Ende Oktober für Ende 1918 nachgelagte Entlassung aus dem Amte als Reichskommissar für bürgerliche Kleidung bewilligt worden. Zum Reichskommissar für bürgerliche

kleidung ist Geh. Regierungsrat Dr. Temper aus Dresden ernannt worden.

WTB. Wien, 2. Jan. Heute nachmittag trafen die Mitglieder der internationalen Lebensmittellkommission hier ein. Morgen beginnen die Verhandlungen.

Zum Berliner Kellnerstreik.

WTB. Berlin, 2. Jan. Die „B. Z.“ teilt mit: Der Kellnerstreik hat als Gegehr maßregeln die Sperrung der Unternehmungen gebracht. Die Kaffeehausbetriebe und die großen Restaurationen bleiben geschlossen. In den Hotels werden nur Gäste von auswärtigen aufgenommen. Die Zahl der Streikenden und ausgesperrten Kellner, Köche und Gastwirtschafts-Hilfspersonen wird heute auf rund 15 000 berechnet. Hierzu kommen noch die arbeitslosen Kellner, deren Zahl auf 500 berechnet wird. In den Kreisen der Arbeitnehmer herrscht keine Einigkeit. Viele sind empört über das Vorgehen des Bundes der Gastwirtschaftsgehilfen, der nach ihrem Ermessen nicht frei handelt, sondern unter dem Druck von Spartakusisten. Neben dem gewerkschaftlichen Verband besteht bereits ein Arbeiterrat der arbeitslosen Gastwirtschafts-Tagelöhner, der sich der Bewegung immer mehr bemächtigt.

Die Bergarbeiterstreiks beendet.

WTB. Berlin, 2. Jan. Wie die „B. Z.“ von einer dem Berg- und Hüttenmännischen Verein nahestehenden Seite erfährt, ist der Streik auf den oberhalb des Gruben beigelegt. Die Arbeit wurde heute überall wieder aufgenommen, außer in der Dubensgrube im Siedwiewer und der Kleophasgrube im Rattowitzer Revier.

Aus Essen erfährt die „B. Z.“: Der Bergarbeiterstreik auf den Schachtanlagen der Gute Hoffnungshütte ist heute früh in der Hauptsache beendet worden. Die Belegschaften

herige österreichische Gesandte Graf Ruffelli selbst erklärt habe, er lege auf die Verhaftung keinen Wert.

Die polnische Frage.

Zu dem Vorgehen der Polen.

o. Basel, 3. Jan. (Privattele.) Die „Morningpost“ meldet: Die Alliierten zeigen keine Neigung, den polnischen Wünschen vor Zusammentritt der allgemeinen Friedenskonferenz entgegenkommen zu erweisen. Unter Umständen ist die Intervention der Alliierten in Polen über deutsche Häfen zu erwarten.

o. Bern, 3. Jan. (Privattele.) Die „Agence Centrale“ erhält auf besonderem Wege die Mitteilung, daß Bromberg von den Polen besetzt worden sei. Polnische Kavallerie stehe vor Frankfurt a. d. Oder. Ein großer Kampf steht bevor. Eine offizielle Bestätigung der Mitteilung steht noch aus.

Weiterer polnischer Raub.

WTB. Wien, 3. Jan. Wie die Blätter aus Teschen melden, hat die polnische Liga Narodowa, die Besitztümer des Erzherzogs Friedrich im Teschener, Bieler und Freischützler Bezirk in Besitz genommen. Als Regierungskommissar für die Verwaltung dieser Güter wurde der ehemalige Hofrat Patry ernannt. Die Warschauer Regierung hat die Beschlagnahme der Güter des Erzherzogs feierlich bestätigt.

Die Abwehr im Osten.

D. Berlin, 3. Jan. (Privattele.) Neben der Abwehr der polnischen Vordringungsbestrebungen kommt, wie das „Berl. Tagbl.“ schreibt, auch ein militärischer Schutz Ostpreußens vor russischen bolschewistischen Einfällen in Betracht.

Aus Belgien.

Ausweisungen aus Belgien.

WTB. Brüssel, 3. Jan. Reuters. Der Justizminister erklärt, daß alle Fremden feindlicher Herkunft, die während des Krieges mit Deutschland in Beziehung standen, ausgewiesen werden.

Aus dem neuen Rußland.

Rußland und Finnland.

WTB. Helsingfors, 3. Jan. Die bolschewistische Regierung wünscht lebhaft den Waren Austausch mit Finnland. Rußland braucht vor allem Holz und bietet als Kompensation außer der Freigabe der Finnländer in Rußland, Pelz, Lumpen, Wachs, Phosphor, Häute und Leder an. Da die Stellung der Finnländer in Rußland unerträglich ist, will die Regierung das Anerbieten nicht zurückweisen.

Vollrat Karlsruhe.

Bericht über die Vollversammlung am 30. Dezember 1918.

1. Tätigkeitsbericht. Der bisherige erste Vorsitzende des Vollrates, Horler, ist in den Zentralrat der A. S. R. Deutschlands gewählt worden.

Auf einen Antrag hin ist vom Vollrat im hiesigen Schlosse und Palais eine Suche nach Lebensmitteln etc. in Verbindung mit der Polizeidirektion durchgeführt worden. Es wurden eine große Menge Weine und etwa 150 Jtr. Kartoffel vorgefunden. Die Kartoffeln werden, soweit sie von den 3. Jt. noch im Schlosse wohnenden Personen nicht gebraucht werden, dem Kommunalverband zugeführt, die Weine einem Krankenhaus überwiesen.

Es finden 3. Jt. Verhandlungen der Freier-Jungung mit der Regierung statt wegen der Einführung des 8-Stundentages in diesem Gewerbe.

Wir verlangen für den Bezirk Karlsruhe eine Nachprüfung des Viehbestandes von unserer Seite.

Die Stadt hat ein Gewerkschaften-Unterstützungsamt eingerichtet und dazu unsere Kollegen Böhlinger berufen. Bezüglich unseres Antrages über die Bundeskern wird mitgeteilt, daß die Regierung entschieden hat, daß jedermann nur 1/3 des von ihm gesammelten Quantum abzuliefern habe.

Mit der Stadt wurde eine Abmachung getroffen, dahingehend, daß unter Verpflegungsausgleich Einsicht in die Geschäfte des Nahrungsmittelamtes Karlsruhe nehmen kann, daß ferner ein Mitglied von uns berechtigt wird, die Lagerung der Lebensmittel zu inspizieren; auch soll ein Mitglied in Zukunft an den Direktions-Sitzungen des Nahrungsmittelamtes teilnehmen.

Es wurde von verschiedenen Seiten eine Besserung der Zustände bei der Betriebskrankenkasse der Bad. Staatseisenbahn beantragt. Koll. Trautmann und Koll. Schneider wurde beantragt die Sache zu erledigen.

2. Bericht über die Reichskonferenz der A. S. Räte. (Die Zeitungen haben fr. Jt. schon eingehend berichtet.)

3. Bericht über die Tagung der A. S. Räte Badens in Durlach am 27. Dezember 1918.

Es lag unter anderem ein Antrag von uns vor, die Ausgaben für Aufführungswochen sollten aus Stadtmitteln bestreiten werden. Der Antrag wurde in etwas eingeschränktem Umfang angenommen.

jämlicher Schachtanlagen mit Ausnahme der Zeche Oberhausen sind heute früh wieder angefahren.

Raubmord an einem Berliner Geldbriefträger.

WTB. Berlin, 3. Jan. Im Hotel Adlon wurde heute vormittag der 58 Jahre alte Geldbriefträger Oskar Lange erschossen aufgefunden. Die Tat muß gestern vormittag geschehen sein, nachdem Lange schon einige Bestellungen ausgeführt hatte. Er hatte beim Eintritt des Bestellschusses 8000 M. Bargeld und 41 Geldbriefe mit hohen Beträgen bei sich. Die Bestellschuss- und Geldbriefmappe wurde bei dem Ermordeten unbeschädigt, aber leer vorgefunden. Geld und Geldbriefe waren geraubt.

Das Zimmer, in dem der Raubmord entdeckt wurde, gehört zu einer Front von Zimmern des ersten Stockwerkes, in dem gestern ein angeblicher Hausbesitzer von Winterfeld aus Hamburg gewohnt hatte. Auf die Vermittlung des Verbrechens haben die Oberpostdirektion und die Geheimpolizei je 5000 M. Belohnung ausgesetzt.

Schweres Schadenfeuer in London.

WTB. Rotterdam, 3. Jan. Nach einer Reutersmeldung aus London ist dort gestern ein großes Getreidemagazin abgebrannt, wobei Lebensmittel im Werte von einer Million Pfund (20 Millionen Mark) verloren gingen. Der dem Gebäude zugefügte Schaden beträgt 1/2 Million englischer Pfund. Es war so gut wie nicht versichert. Von anderer Seite wird die Vernichtung der Lebensmittelmenge von Lebensmitteln als eine nationale Katastrophe bezeichnet.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 3. Jan. Der badische Oberat der Israeliten hat...

Mannheim, 3. Januar. Der Vollzugsausschuss fasste laut...

Enz, 3. Januar. (Ami Jahr.) Ein schrecklicher Unglücksfall...

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Karlsruhe, 2. Januar. Vor einer großen Versammlung von...

zu sein und ihre Pflicht zu tun. — Den Darlegungen Zehrenbachs...

Karlsruhe, 3. Januar. Die Bezirksämter sind ermächtigt worden...

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 3. Januar.

Die Verhältnisse im Post- und Telegraphenwesen zwischen...

Keine Verbilligung der Tabakpreise. Entgegen der im Publikum...

Die Zahlung von Kriegswundenhilfe aus Reichsmitteln fiel...

Begünstigung für Eisenbahn-Angestellte. Die Reichsbetriebs-

stelle zugewiesenen Beständen geliefert werden soll. Die Belohnung...

Café-Restaurant Georg Haas. Es wird uns geschrieben: „Was lange währt, wird endlich gut.“...

Unfälle. In einer Autoreparaturwerkstätte in der Kaiserstraße...

Nahrungsmittelkontrolle. Im Monat Dezember 1918 wurden...

Verhaftet wurden: ein Hausbesitzer aus Muggensturm, ein...

Eingefandt.

Karlsruhe, 3. Januar. Bei der jetzigen großen Arbeitslosigkeit...

Kaffee-Restaurant Haas Eröffnung Samstag, d. 4. Januar, nachmittags 4 Uhr.

Vor der Volksentscheidung Samstag, den 4. Januar, abends halb 5 Uhr...

Fleisch. In der laufenden Woche kommen zur Verteilung...

Geschäfts-Eröffnung. Prima junges Pferdefleisch kommt von Samstag ab...

Badischer Frauenverein. Ausbildung sozialer Hilfskräfte für Frauen und Mädchen...

Titisee I. Schwarzwald, 860 m. ü. M. Hotel Titisee Höhen- und Nervenkurort...

Militär-Akten unter Garantie des Einstands. Alteisen, Lumpen, Papier...

Kleineres Landhaus zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter Nr. 2481...

Gut in Surlwangen. 2800 qm Zimmerwohnung, Stallung, Scheune...

Fähige Schneiderin empfiehlt sich für in und außer dem Hause...

Zugleich prima frisches Pferde-Fleisch. Albert Nothois, Werdeschlächtere...

Fahrrad mit prima Gummibereitung. Simoleon-Läufer, Simoleon-Vorlager...

Fritz Albrecht Photogr. Vergrößerungs-Anstalt Yorkstraße 10...

Kriegs-Anleihe kann sich einem soliden hochrentablen, industr. Unternehmen...

Douglasstr. 3ung, kein Laden. Es ist ratsam, die ältesten Pelze ändern...

